

# STEINKRÜGER STINGL & PARTNER

RECHTSANWÄLTE STEUERBERATER  
PARTNERSCHAFTSGESELLSCHAFT MBB

MONTGELASSTRASSE 2 | 81679 MÜNCHEN | TELEFON 089 / 660 62 82 - 10 | TELEFAX 089 / 660 62 82 - 12  
MARIENBURGERSTRASSE 22 | 50968 KÖLN | TELEFON 0221 / 80000 - 550 | TELEFAX 0221 / 80000 - 551

---

## MANDATSBEDINGUNGEN

### 1. Geltungsbereich

Diese Bedingungen gelten vorbehaltlich abweichender schriftlich vereinbarter Individualregelung für die gesamte, auch künftige Tätigkeit der Partnerschaft mit beschränkter Berufshaftung und deren Partner (im Folgenden gemeinschaftlich als „Partnerschaft“ oder „Kanzlei“ bezeichnet) gegenüber dem Auftraggeber (nachfolgend: Mandant). Die Partnerschaft ist für den Mandanten in dem Umfang tätig, den die ordnungsgemäße und sorgfältige Bearbeitung des Mandats objektiv erfordert. Die Partnerschaft wurde ausschließlich mit der *zivilrechtlichen* Überprüfung und Beratung beauftragt und betrifft nur das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Eine Beauftragung zur Überprüfung von steuerlichen Fragen im weitesten Sinne ist nicht erfolgt.

### 2. Auftragserteilung/ Auskünfte/Elektronische Übermittlungsverfahren

Fernmündlich, per Fax oder per E-Mail angetragene Mandate begründen ein Auftragsverhältnis erst zum Zeitpunkt der schriftlichen Bestätigung durch die Kanzlei.

Telefonische Auskünfte sind nicht verbindlich. Sie erlangen Verbindlichkeit erst mit schriftlicher Bestätigung, die die Kanzlei auf Wunsch gerne erteilt.

In der Kommunikation mit dem Mandanten verwendet die Kanzlei elektronische Übermittlungsverfahren (insbesondere E-Mail). Der Versand erfolgt entsprechend dem allgemeinen Stand der Technik in verschlüsselter Form (Transportverschlüsselung). Auf Wunsch des Mandanten und in Absprache werden Systeme zur weitergehenden Verschlüsselung (Inhaltsverschlüsselung) eingesetzt. Soweit der Mandant Techniken einsetzt, die keinen verschlüsselten Empfang bzw. keine verschlüsselte Versendung von Dokumenten vorsehen, erklärt der Mandant in Kenntnis des Risikos, dass bei unverschlüsselter Übermittlung nur eingeschränkte Vertraulichkeit gewährleistet ist, sein Einverständnis mit der Verwendung solcher Übermittlungsverfahren. Wünscht der Mandant, dass die Korrespondenz ausschließlich auf dem Postweg oder auf besonderen Übertragungswegen erfolgt, hat er dies der Kanzlei in Textform mitzuteilen.

### 3. Honorar

Das Honorar für die Leistung der Kanzlei richtet sich nach der jeweils individualvertraglich zu treffenden Vereinbarung. Fehlt eine solche Vereinbarung, gilt das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG). Es wird darauf hingewiesen, dass die Anwaltsgebühren aus dem Gegenstandwert berechnet werden.

Der Mandant tritt hiermit seine Kostenerstattungsansprüche gegen Prozessgegner an die Kanzlei zur Sicherung der Honoraransprüche ab. Die Abtretung gilt auch für Honorar aus anderen Mandaten. Die Kanzlei nimmt die Abtretung an. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner

### 4. Haftungsbeschränkung

- a. Die Haftung der Partnerschaft für Schadensersatzansprüche jeder Art, ausgenommen Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, ist bei einem durch einfache Fahrlässigkeit verursachten einzelnen Schadensfall auf EUR 10.000.000 (in Worten: EURO zehn Millionen) begrenzt.

- b. Diese Haftungsbeschränkung gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Mandanten begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen resultierenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches Handeln oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, sofern es auf einer gleichen oder gleichartigen Fehlerquelle beruht.
- c. Die persönliche Haftung auf Schadensersatz wird auf den sachbearbeitenden Rechtsanwalt beschränkt. Die Haftungsbeschränkung gilt auch für sonstige Mitarbeiter oder Erfüllungsgehilfen der Kanzlei. Für Verbindlichkeiten der Partnerschaft aus Schäden wegen fehlerhafter Berufsausübung haftet nur das Gesellschaftsvermögen der Partnerschaft (§ 8 Abs. 4 PartGG).
- d. Sollte aus Sicht des Mandanten eine über 10.000.000,00 EURO hinausgehende Haftung abgesichert werden, so besteht für jeden Einzelfall die Möglichkeit einer Zusatzversicherung, die auf Wunsch und Kosten des Mandanten abgeschlossen werden kann.

## **5. Rechtsbeziehungen**

Rechtsbeziehungen zwischen dem Mandanten und der Kanzlei unterliegen ausschließlich deutschem Recht, unter Ausschluss der Regelung des internationalen Privatrechts.

## **6. Verjährung**

Ansprüche auf Schadensersatz aus dem bestehenden Vertragsverhältnis verjähren in drei Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt mit Ende des Kalenderjahres, in dem der Anspruch entstanden ist und der Mandant von den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt hat oder ohne grobe Fahrlässigkeit eine solche Kenntnis hätte erlangen müssen. Unabhängig von einer solchen Kenntnis tritt die Verjährung spätestens sechs Jahre nach Beendigung des Mandats ein. Letzteres gilt nicht bei vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Handeln durch die Kanzlei oder Erfüllungsgehilfen und für Schadensersatzansprüche, die auf der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit beruhen.

## **7. Aktenaufbewahrung**

Die Kanzlei ist berechtigt die Handakte zwölf Monate nach Mandatsbeendigung zu vernichten, wenn der Mandant die Unterlagen nicht innerhalb dieser Frist herausverlangt.

## **8. Änderung der Rechtslage**

Ändert sich die Rechtslage nach Beendigung des Mandats (innerhalb eines Rahmenmandats des jeweiligen Einzelmandats), so ist die Kanzlei nicht verpflichtet, den Mandanten von sich aus darauf oder auf sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

## **9. Sonstiges**

Erfüllungsort und Gerichtsstand ist der Kanzleiort, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Änderungen und Ergänzungen dieser Bedingungen ebenso wie eine Abänderung dieser Regelung, bedürfen der gesetzlichen Schriftform und müssen als solche ausdrücklich gekennzeichnet sein.

## 10. Hinweise zur Datenverarbeitung

### a. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher: Rechtsanwälte Steuerberater Steinkrüger Stingl & Partner mbB,  
Marienburger Straße 22  
50968 Köln  
info@steinkrueger-stingl.com  
Tel : +49 (0)221-80000550  
Fax: +49 (0)221-80000551

Der/die betriebliche Datenschutzbeauftragte von Steinkrüger Stingl & Partner mbB ist unter der o.g. Anschrift, zu Hd. Herrn Oliver Schübel, beziehungsweise unter os@steinkrueger-stingl.com erreichbar.

### b. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

Anrede, Vorname, Nachname, eine gültige E-Mail-Adresse, Anschrift, Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk), Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können; um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können; zur Korrespondenz mit Ihnen; zur Rechnungsstellung; zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

### c. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

**d. Betroffenenrechte**

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

**e. Widerspruchsrecht**

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an:

**os@steinkrueger-stingl.com**

**Der Mandant bestätigt, auf die vorstehenden Mandatsbedingungen und Hinweise zur Datenverarbeitung hingewiesen worden zu sein und von ihrem Inhalt Kenntnis genommen zu haben sowie mit der Geltung einverstanden zu sein.**

....., den.....

Unterschrift